

Medienmitteilung

Themen	Die glp BS fasst die Parolen für den 08. März 2015 und wird ihre erste Initiative lancieren
Für Rückfragen	David Wüest Rudin, Tel. 079 448 12 44 david.wueest@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt www.bs.grunliberale.ch
Datum	28. Januar 2015

Eindeutige Parolen an der Mitgliederversammlung / erste kantonale Volksinitiative am Start

Die Grünliberalen BS lancieren ihre erste Volksinitiative. Die gestrige Mitgliederversammlung stimmte einstimmig der Lancierung zu. Keine Überraschung gab es bei den Parolenfassungen.

Die glp BS hat an der Mitgliederversammlung vom 26. Januar folgende Parolen gefällt:
Eidgenössische Vorlagen:

- JA zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»
- NEIN zur Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

Kantonale Vorlagen:

- NEIN zur Volksinitiative «Wohnen für alle»
- JA zum Grossratsbeschluss betreffend das Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel

«Energie- statt Mehrwertsteuer» ist der Königsweg zur Energiewende

Ohne Gegenstimme oder Enthaltung begrüsst die Stadtbasler die erste Eidg. Volksinitiative der glp. „Energie- statt Mehrwertsteuer“ wird einen Paradigmenwechsel zur Folge haben, der die Energiewende mit marktwirtschaftlichen Anreizen ohne Staats- und Subventionsbürokratie ermöglichen wird.

Keine Giesskannensubventionen, keine staatliche Wohnraumförderung

Zu diskutieren gab die CVP-Familieninitiative, die bei einer Minderheit der Mitglieder Zustimmung fand. Die Mitglieder sind sich aber einig, dass das derzeitige Steuersystem ungerecht ist für mittelständige Doppelverdiener-Familien. Dennoch sei es der falsche Ansatz, an einem Grundpfeiler unseres derzeitigen Steuersystems zu schrauben - der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Einstimmig hingegen verabschiedete die Mitgliederversammlung die beiden kantonalen Vorlagen. Die Grünliberalen plädieren in der Wohnförderungspolitik für eine Subjekt- anstelle einer Objekthilfe. Das JA zum universitären Zentrum für Zahnmedizin war völlig unbestritten, die Lösung sei dringend notwendig und zweckmässig. Damit folgte die Versammlung Parteipräsident David Wüest-Rudin, der schon länger im Co-Präsidium des JA-Komitees ist.

Massvolle Ruhegehälter für Regierungsrätinnen und -räte

Am 6. März lancieren die Grünliberalen ihre erste kantonale Volksinitiative. Die Mitgliederversammlung hat der Parteileitung das OK gegeben, die weiteren Schritte einzuleiten. Bei der Initiative für massvolle Ruhegehälter geht es um die Glaubwürdigkeit der Politik. Die Grünliberalen befürworten die gegenwärtigen Löhne amtierender Regierungsrätinnen/-räte, jedoch lehnen sie es entschieden ab, ehemaligen bis zu zehn Jahren noch weiter ohne Gegenleistung Lohn zu bezahlen, was einer Abgangsentschädigung von bis zu 1.7 Mio. Franken entspricht. Beim Initiativstart wird die glp BS näher informieren.